

Keine Zulassungen für Integrationskurse mehr: Ein schwerer politischer Fehler!

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat ohne vorherige parlamentarische Befassung mitgeteilt, dass ab sofort „keinerlei Zulassungen für die Teilnahme an Integrationskursen nach § 44 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz erteilt werden“. Betroffen sind insbesondere Menschen aus der Ukraine, Asylbewerber, Geduldete sowie EU-Bürger. Zur Begründung wird nur auf die „zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel“ verwiesen.

Die Berliner Volkshochschulen (VHS) sind die größten Anbieter von Integrationskursen. Hunderte von freiberuflichen Kursleitungen führen diese wichtigen Bildungsangebote durch, in denen Zuwanderer die deutsche Sprache und Kenntnisse der deutschen Gesellschaft und Kultur erwerben, um sich zu integrieren und die für den Einstieg in den Arbeitsmarkt notwendigen B1-Kenntnisse zu erlangen.

„Das ist eine Politik, die viele Integrationsbemühungen zunichtemacht, die für unzählige qualifizierte Lehrkräfte existenzbedrohend ist und die verlässlichen Strukturen der Volkshochschulen als wichtige Träger der Sprachförderung und Integrationsarbeit gefährdet“, sagt dazu die Gesellschaft zur Förderung der Volkshochschulen in Berlin e.V.

Denn die Entscheidung des BAMF hat schwerwiegende Folgen:

1. **Integration wird erschwert:** Integrationskurse sind ein zentrales Instrument, um Zuwanderern den Einstieg in die deutsche Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die Entscheidung könnte den Steuerzahler sogar mehr kosten. Es werden Kosten über die Sozialsysteme entstehen, die Chancen für eine Arbeitsaufnahme ohne Sprachkenntnisse sinken und der Fachkräftemangel in der Wirtschaft wächst weiter. Solche kurzsichtigen Einsparungen gefährden die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

2. **Existenzielle Bedrohung für Honorar-Lehrkräfte:** Die freiberuflich arbeitenden VHS-Kursleiterinnen und -Kursleiter sind auf diese Kurse angewiesen. Die Aussetzung der Zulassungen gefährdet ihre Existenz.
3. **Gefährdung der bewährten Integrationsarbeit der Volkshochschulen:** Die Berliner Volkshochschulen haben bereits in den vergangenen Monaten mit den finanziellen Auswirkungen der Aussetzung der Zulassungen zu kämpfen gehabt. Die aktuelle Entscheidung verschärft diese Situation weiter.

Die Gesellschaft zur Förderung der Volkshochschulen in Berlin e.V. fordert das BAMF auf, umgehend zur bewährten Praxis zurückzukehren und den integrationswilligen Menschen Zulassungen für die Kurse auszustellen.

Integrationskurse sind ein zentrales Instrument für die gelingende Integration Zugewanderter.

Sie dürfen nicht gefährdet werden.

Kontakt:

Gesellschaft zur Förderung der Volkshochschulen e.V.,
Andreas Noack (Stellv. Vorsitzender, ehem. VHS-Direktor), mail@vhs-foerdergesellschaft-berlin.de.

.

Gesellschaft zur Förderung der Volkshochschulen e.V.,

Stefan Bruns, Vorsitzender, Andreas Noack und Prof. Dr. Bernd Käßlinger, Stellvertretende Vorsitzende

Tel. 0160 9397 0498, Hornstr. 10, 10963 Berlin; mail@vhs-foerdergesellschaft-berlin.de, www.vhs-foerdergesellschaft-berlin.de